Walliser Bote

Schweiz am Wochenende

Samstag, 18. März 2023

AZ 3930 Visp | Nr. 65 | 183. Jahrgang | Leserinnen und Leser: 41 000 | **Fr. 3.00** **walliserbote.ch**

Patrizia Kummer
Die Olympiasiegerin und ihr persönlicher Rückblick auf eine lange Karriere. **Seite 17**

Die CS-Krise und die Rolle des Wallis

Banken Die Credit Suisse (CS) ist arg in der Krise. Mit dem Rettungsschirm der Schweizerischen Nationalbank (SNB) will sie Zeit gewinnen, um bei ihren Kunden wieder Vertrauen zu gewinnen. Doch trotz den 50 Milliarden Franken der SNB bricht der CS-Aktienkurs wieder ein. Unter dieser Krise leidet auch die CS Wallis. Manche Kunden sind enttäuscht und besorgt. Doch der CS-Wallis-Chef bleibt zuversichtlich. **Seite 2**

Das Walliser Parlament verliert seine Mitte

Grosser Rat Die März-Session 2023 ging gestern Freitag zu Ende. Das Klimagesetz und das Briger Asylheim waren die dominierenden Themen. Die Debatten zu den beiden Vorlagen zeigten auf, dass sich die politische Mitte im Wallis derzeit neu orientiert. Doch wohin soll die Reise gehen? **Seite 4**

Mehr Zeitdruck für Grengiols Solar

Solaroffensive Der Bundesrat will nur die Solargrossprojekte zu 60 Prozent mitfinanzieren, die bis 2030 vollständig ans Stromnetz angeschlossen sind. Gleichzeitig lockert er die Bedingungen für die Mitfinanzierung ein Stück weit. Die Vorteile davon sind aber gerade für Grengiols Solar kurzfristig. **Seite 6**

Kritik am Bericht zur Langzeitpflege

Langzeitpflege Die Oberwalliser Pflegeheimleiterinnen und -leiter haben grosse Bedenken gegen die Vorschläge des Kantons über die Langzeitpflege. Im Bericht wird mit veralteten Zahlen gerechnet und der Personalmangel wird nicht thematisiert. **Seite 7**

Goler-Deponie A9: ASTRA und Baufirmen streiten um Millionen

Obwohl die Goler-Deponie A9 in Raron um einen Drittel kleiner ist als ausgeschrieben, stellen die Baufirmen Millionen-Nachforderungen. **Seiten 2/3**

Die neue Präsidentin der KWRO nimmt Stellung zur lautstarken Kritik

Bild: pomona.media/Alain Amherd

Seit zwei Monaten ist Njomeza Susuri Pfammatter Verwaltungsratspräsidentin der Kantonalen Walliser Rettungsorganisation KWRO. Die Organisation steht in der Kritik: Es geht um Geld, Standortentscheide und eine angebliche Benachteiligung des Oberwallis. Susuri Pfammatter legt ihre Sicht der Dinge dar. **Seiten 8/9**

Kommentar

A9-Dreisatz nach Walliser Art

Vor gut acht Monaten hat die Tessinerin Valentina Kumpusch ihre neue Stelle als ASTRA-Direktorin der Nationalstrassen in der Westschweiz und damit auch der A9 im Oberwallis angetreten. Vorher leitete die studierte Bauingenieurin ETH den Bau der zweiten Röhre des Gotthard-Strassentunnels. Die Autobahn im Oberwallis wird zu 50 Prozent in Tunneln geführt. Die richtige Frau am richtigen Ort.

Vorerst aber muss sie mathematisch eher einfache Dreisatzrechnungen lösen. Zum Beispiel bei der Deponie Goler A9. Diese wurde für 43 Millionen zur Endlagerung von drei Millionen Kubikmeter Tunnelausbruchmaterial ausgeschrieben. Nach Beendigung der Arbeiten liegen auf der Deponie A9 nun lediglich zwei Millionen Kubikmeter. Wie viel kostet die Deponie also jetzt? Antwort: 28,6 Millionen. Stand heute liegt die noch offene Schlussabrechnung zur Deponie Goler A9 aber bei 46 Millionen. Und die Unternehmer fordern zusätzlich noch weitere elf Millionen. Somit käme die Schlussrechnung auf 57 Millionen zu stehen. Das wäre dann Dreisatzrechnen nach Walliser Art.

Frau Kumpusch hat diesen Dreisatz kürzlich nachgeprüft. Und kommt zum Schluss, dass im Oberwallis falsch gerechnet wurde. Statt den Baufirmen weitere elf Millionen Franken zu zahlen, fordert sie jetzt von ihnen bereits ausbezahlte 8,9 Millionen Franken zurück.

Wir sind gespannt, wer vor den Gerichten recht bekommt. Denn es steht zu vermuten, dass auch dieser A9-Baustellenstreit von Richtern entschieden wird …

Norbert Zengaffinen
n.zengaffinen@mengisgruppe.ch

ANZEIGE

Aboservice Telefon: 027 948 30 50, **E-Mail:** abo@pomona.ch **Redaktion Telefon:** 027 948 30 00, **E-Mail:** info@walliserbote.ch
Inserate Telefon: 027 948 30 40, **E-Mail:** inserate@pomona.ch **Internet** www.walliserbote.ch

Auch die CS Wallis leidet unter der Bankenkrise

Nach ihrem tiefen Fall versucht die Credit Suisse, bei ihren Kunden wieder Vertrauen zu gewinnen. CS-Wallis-Chef François Schnyder sagt, welche Rolle seine Bank dabei spielt.

Martin Kalbermatten

Die Credit Suisse schaffte es nicht aus eigenen Stücken, einen Weg aus ihrer hausgemachten Krise zu finden. Die Bank, die weltweit ein Vermögen von fast 1,3 Billionen Franken verwaltet, verzeichnete am Mittwoch ein Börsentief von 1,56 Franken pro Aktie. Wie bei der Finanzkrise von 2008 muss wieder einmal der Steuerzahler einer systemrelevanten Bank aus der Patsche helfen. Zwecks Stärkung ihrer Liquidität nimmt die CS 50 Milliarden Franken bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB) auf. Dies verschafft der CS etwas Zeit. Zeit, um ihre nervösen Investoren etwas zu beruhigen.

François Schnyder, Chef der Credit Suisse Wallis: «Die Mehrheit unserer Kunden spricht uns ihr Vertrauen und ihre Unterstützung aus.» Bild: pomona.media/Pascal Guntern

CS-Wallis-Chef will wieder Vertrauen aufbauen

Die Investoren bleiben aber auch nach dem Rettungsschirm der SNB hin und her gerissen. Nachdem es am Donnerstag noch danach aussah, dass sich der Erholungskurs der CS-Aktie fortsetzt, zeichnete sich am Freitagmorgen zunächst ein Kampf um die 2-Franken-Marke ab, bevor der Kurs schliesslich weiter unter die 2-Franken-Marke fiel. Diese Kursentwicklung ist symptomatisch für die nach wie vor hohe Nervosität auf der Investorenseite.

Das fehlende Vertrauen in die CS hat globale Auswirkungen, aber auch lokale. François Schnyder, Chef der CS Wallis, steckt in einer schwierigen Situation, auch wenn er nichts dafür kann. Auf die Frage, ob jetzt auch vermehrt Kunden aus dem Wallis der CS den Rücken kehren würden, sagt er: «Wir spüren viel Rückhalt und erhalten Zuspruch, aber selbstverständlich sind einige Kunden verunsichert. Es darf nicht vergessen werden, dass die meisten Kundenbeziehungen sehr langjährig sind. Da ist viel Loyalität.» Es sei schön, das zu spüren.

Einige Kunden haben der CS Wallis aber auch ihre Enttäuschung und Besorgnis mitgeteilt. Doch laut Schnyder spricht die Mehrheit seiner Kunden der CS Wallis ihr Vertrauen und ihre Unterstützung aus. Es gebe seitens seiner Kundschaft viele motivierende Kommentare, die nicht das allgemeine Bild in den Medien widerspiegeln würden.

Wie Schnyder weiter ausführt, sei es wichtig, sich auf die Fakten zu konzentrieren und viele Gespräche mit den Kunden und den Mitarbeitenden zu führen: «Nicht nur unsere Kunden, sondern auch unsere Mitarbeitenden sind sehr loyal. Sie setzen sich Tag für Tag dafür ein, unsere Kunden ehrlich und transparent über die aktuelle Situation und die Fakten zu informieren.» Man wolle das Vertrauen wieder aufbauen. Das sei jetzt im Fokus.

Fakt ist etwa, dass die aktuelle Situation nicht mit jener in der Finanzkrise von 2008 vergleichbar ist. Damals schoss die SNB zwar 60 Milliarden Franken in die UBS, dazu kamen noch sechs Milliarden vom Bund als Wandelanleihen. Doch 2008 herrschte, anders als jetzt, eine globale Finanzkrise, in der Banken rund um den Globus taumelten. Im Moment gibt es keine solche Finanzkrise. Und die CS ist immer noch solide finanziert und erhält jetzt sogar noch mehr Geld, das die Grossbank abgesichert hat. Theoretisch hätte die CS noch für zwei Jahre Geld, auch wenn sie weitere Verluste machen würde.

Die Frage ist eher, ob es jetzt noch andere Massnahmen als den Rettungsschirm der SNB braucht, damit die CS das Vertrauen der Kundschaft zurückgewinnen kann. Bislang hiess es bei der CS immer, sie brauche Zeit, um ihre neuen Strategien umzusetzen. Konkret geändert hat sich allerdings nichts. Nur Transparenz kann Vertrauen schaffen und verhindern, dass weitere Kundengelder abfliessen.

Klage aus den USA

An der Börse hatte die CS jedenfalls auch nach der SNB-Milliarden-Geldspritze einen schweren Stand. Bis Anfang Freitagnachmittag verlor die CS-Aktie an der Börse in Zürich über zwölf Prozent. Der Kurs fiel dann auf unter 1,8 Franken pro Aktie. Die Händler zeigten sich etwas sprachlos. Das mit dem wieder Vertrauen aufzubauen, dürfte wohl noch eine Weile dauern.

Gleichzeitig droht der CS neues Ungemach aus den USA. Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, haben nun Aktionäre aus den Staaten die CS verklagt. Sie werfen der Bank vor, die Probleme in Bezug auf ihre Finanzen verschwiegen und die Aktionäre getäuscht zu haben.

In der Klage vor dem Bundesgericht in Camden, New Jersey, soll es heissen, die CS habe falsche oder irreführende Angaben gemacht oder es versäumt, offenzulegen, dass sie im vierten Quartal unter signifikanten Geldabflüssen und wesentlichen Schwächen in ihren internen Kontrollen gelitten habe. Diese Klage ist auch gegen Bankchef Ulrich Körner und den Verwaltungsratspräsidenten Axel Lehmann gerichtet.

Kein Fusionsinteresse zwischen CS und UBS

Unterdessen berichtet Bloomberg News, unter Berufung auf gut informierte Kreise, dass die beiden Schweizer Grossbanken CS und UBS einen Zwangszusammenschluss ablehnen würden. Die UBS ziehe es vor, sich auf ihre eigene Strategie zu konzentrieren und zögere, Risiken im Zusammenhang mit der CS zu übernehmen.

Stellenabbau bei der CS – aber nicht im Wallis

Die schwierige Situation bei der CS dürfte indessen nicht nur deren Führungsetagen durchschütteln. Auch an der Basis wird gerüttelt. Wie die CS bereits im Oktober 2022 ankündigte, sollen bis 2025 weltweit Stellen abgebaut werden, 2000 davon in der Schweiz. Und im Wallis? CS-Wallis-Chef Schnyder winkt ab: «Das Wallis steht hier nicht im Fokus. Die CS wird hier weiterhin mit einer starken Präsenz vertreten sein.»

Das ASTRA ford 8,9 Millionen zu

Zwischen dem ASTRA und dem Kanton Wallis herr

Norbert Zengaffinen

Blick auf die Deponie Goler A9: ein Drittel k

Wie der «Walliser Bote» kürzlich zur Berichterstattung der Eidgenössischen Finanzkontrolle berichtete, gibt es bei der Endabrechnung zur Deponie Goler A9 in Raron zwischen der Walliser Dienststelle für Nationalstrassenbau (DNSB) im Wallis und dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) grosse Meinungsverschiedenheiten zur noch offenen Schlussabrechnung.

Der Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle blieb allerdings vage, um welche Streitpunkte es bei der A9-Deponie in Raron geht, und verwies lediglich auf einen externen Bericht der Berner Anwaltskanzlei Lehmann, Walz & Partner. Staatsrat Franz Ruppen (SVP), Vorsteher des Baudepartements, wollte die Hinweise auf diesen Bericht gar aus dem Bericht streichen lassen.

Das ASTRA übte sich auf Nachfrage des «Walliser Boten» in Zurückhaltung. «Bei der Deponie Goler A9 sind unsere Abklärungen seit Kurzem abgeschlossen. Jetzt haben wir den Bauherrn, den Kanton Wallis, aufgefordert, umgehend tätig zu werden und den festgestellten Betrag einzufordern.» Den genauen Betrag wollte das ASTRA nicht bekannt geben.

Das ASTRA hat dem «Walliser Boten» den Bericht des Advokaturbüros jetzt ausgehändigt. Allerdings erst, als diese Zeitung auf dem Öffentlichkeitsrecht beharrte.

Der externe Bericht des ASTRA beleuchtet in Bezug auf die strafrechtliche Beurteilung auf 164 Seiten minutiös den Ablauf des Projekts zwischen den Jahren 2008 und 2021. Primär aber geht es um eine ganze Reihe von Nachtragsofferten und -forderungen seitens zweier Oberwalliser Baufirmen, denen das Projekt anvertraut wurde, und ob sich verantwortliche Amtsträger des Kantons Wallis bei der Gutheissung der meisten dieser Nachträge in der abgerechneten Summe von rund zwölf Millionen Franken strafbar gemacht haben.

> «Die ARGE und die Bauleitung haben ihre Pflichten nicht wahrgenommen.»
>
> **Bericht des ASTRA**

Im Jahr 2008 ist der Auftrag zur Bewirtschaftung der Deponie Goler vom Walliser Staatsrat an die ARGE Goler A9 (Theler AG und Volken Group) vergeben worden. Der Kanton Wallis als Bauherr beauftragte für die örtliche Bauleitung die Schneller, Ritz und Partner SRP Bauingenieure mit Sitz in Brig.

Wie die DNSB auf Anfrage des «Walliser Boten» schreibt, sei der Werkvertrag für die Deponie Goler 2008 zum Betrag von rund 43 Millionen Franken (inklusive Mehrwertsteuer) an die ARGE Goler A9 (Theler AG und Volken Group) vergeben worden. Stand heute betrage die offene Schlussabrechnung rund 46 Millionen Franken (inklusive Mehrwertsteuer) für die erbrachten Leistungen.

Die offene Schlussabrechnung liegt damit um drei Millionen Franken höher als die Vergabe im Jahr 2008. Und dies, obwohl auf der Deponie rund ein Drittel weniger Material eingelagert wurde als ursprünglich ausgeschrieben. Genau: Statt drei Millionen Kubikmeter liegen jetzt lediglich zwei Millionen Kubikmeter Material auf der Deponie. Bei der Ausschreibung des Auftrags ist mit 14 Franken pro Kubikmeter abgelagertem Tunnelausbruchmaterial aus dem A9-Tunnel Eyholz und Tunnel Visp gerechnet worden.

ert von Oberwalliser Baufirmen rück – macht aber keine Strafanzeigen

scht dicke Luft, weil die Goler-Deponie A9 in Raron die Kosten überschreitet. Mittendrin: die Theler AG und die Volken Group.

kleiner als ausgeschrieben, dafür aber teurer bei der noch offenen Schlussabrechnung.

Bild: pomona.media/Alain Amherd

Heute steht fest, dass der Kubikmeter rund 23 Franken kostet. Wie konnte es so weit kommen?

Das war für das ASTRA der Grund, um 2021 eine interne Revision zur Kostenüberschreitung bei der Deponie Goler anzuordnen. Die Prüfer haben deshalb insgesamt elf Nachtragsofferten und zwei Nachforderungen der beteiligten Baufirmen in der Höhe von rund 23 Millionen Franken, von denen von der DNSB rund zwölf Millionen für erbrachte Leistungen zwischen den Jahren 2009 und 2021 an die ARGE Goler A9 ausbezahlt wurden, auf den Prüfstand gestellt.

Das Prüfungsergebnis der internen Revision des ASTRA vom November 2021 fällt wenig schmeichelhaft oder besser gesagt vernichtend aus. «Die Grundlagen des Werkvertrages sind bei der Prüfung der Nachträge nicht genügend berücksichtigt worden. Es wird festgestellt, dass die vorhandenen Unterlagen zu den Nachträgen nicht genügend vorhanden sind. Die Preisanalysen wurden teilweise ungenügend geprüft. Es wurden lediglich die Angaben der Baufirmen der ARGE plausibilisiert und mit den erbrachten Leistungen verglichen. Die ARGE und die Bauleitung haben ihre Pflichten nicht wahrgenommen. Bei mehreren bewilligten Nachtragsofferten gibt es keine Unterlagen der ARGE respektive der Bauleitung. Erst ab 2013 liegen Dokumente vor», steht im Bericht.

Und weiter: «Vier Nachträge wurden insofern nicht korrekt erstellt, als weder Mengen, Per-Positionen oder sehr hohe negative Vorausmasse eingesetzt wurden. So wurden etwa bei einem Nachtrag von 13 Millionen Franken keine Mengen eingesetzt. So ist umgangen worden, dass das ASTRA den Nachtrag vor der Freigabe sichten konnte. Nachträge von dieser Summe müssen dem Bundesamt für Strassen vor der Freigabe aber zur Prüfung vorgelegt werden.»

Der interne Revisionsbericht des ASTRA empfahl, alle bereits genehmigten und ausbezahlten Nachträge aufzuheben. Noch offene oder neue Nachforderungen seien abzuweisen und nicht darauf einzutreten. Sämtliche Nachträge seien zu korrigieren und die Ausmasse zu bereinigen. Und es seien alle Zahlungen im Zusammenhang mit der Deponie Goler auszusetzen und erst nach bereinigter Schlussabrechnung definitiv abzurechnen.

In einer Stellungnahme vom Februar 2022 der DNSB wies man darauf hin, dass die Deponie Goler 2011/12 eine Projektänderung erfahren hat. Es wurde weniger Tunnelausbruchmaterial des Eyholz-Tunnels auf die Deponie gebracht, sondern mehrheitlich für den Trasseebau der Autobahn zwischen Raron und Visp eingesetzt. Im Gegenzug konnte in der Deponie Goler bei verschiedenen Baustellen der A9 angefallenes Silt-, Jetting- und asbesthaltiges Tunnelausbruchmaterial sowie Altbetonit eingebaut werden. Diese hätten ansonsten auf eine andere Deponie endgelagert werden müssen. Damit habe die DNSB 19 Millionen Franken Baukosten eingespart, weil kein Schüttmaterial eingekauft werden musste und Deponiegebühren eingespart wurden. Zudem hätten die Vortriebsarbeiten beim Tunnel Visp aufgrund von Einsprachen später angefangen als geplant.

Was die Empfehlungen des ASTRA anbelangt, ging die Dienststelle auf Distanz zum Revisor und verteidigte die Nachträge der ARGE Goler A9 grossmehrheitlich mit einigen wenigen Zugeständnissen ans ASTRA.

Diese Stellungnahme der DNSB wiederum wurde von einem externen Prüfer des ASTRA in einem Bericht vom Juni 2022 messerscharf kritisiert. Die Aussagen des Kantons seien teilweise nicht korrekt und auch nicht korrekt überprüft worden. Die Stellungnahme der DNSB sei nicht neutral und auch nicht objektiv und in einigen Äusserungen gar tendenziös. Bei den Stellungnahmen zu den Nachtragsofferten und -forderungen der DNSB werde festgestellt, dass die örtliche Bauleitung, die Oberbauleitung und der Bauherr ein falsches Verständnis bei der Prüfung von Preisanalysen und Grundlagen bei Nachtragspreisen hätten.

Und weiter: Die Walliser Dienststelle für Nationalstrassenbau habe in der Stellungnahme versucht, die Arbeiten an der Deponie Goler zu rechtfertigen und in ein positives Licht zu rücken. Viel mehr wurden aber Fehler und nicht korrekte Aussagen gemacht. Durch die korrekte Aufarbeitung der Vorkommnisse bei der Deponie Goler könnte das notwendige Vertrauen in die ausführenden Personen wieder hergestellt werden.

Und auch die ARGE Goler A9 bekommt im Bericht ihr Fett ab. Sie habe mit allen Mitteln versucht, ihr eigenes Angebot zu verbessern und anzupassen, und habe beim Projekt auch ihre Mitwirkungspflicht nicht wahrgenommen. In verschiedenen Punkten habe die ARGE Goler A9 den Bauherrn nicht unterstützt beziehungsweise eine Schadensminderung eingeleitet.

Der externe Prüfer gab die Empfehlung ab, dass die Empfehlungen der internen Revision des ASTRA vom November 2021 umzusetzen seien. Und den Bauunternehmen der ARGE seien keine Zugeständnisse zu machen.

Wie die DNSB gegenüber dem «Walliser Boten» offenlegt, sind seither die genehmigten und ausbezahlten Nachtragsofferten und -forderungen überprüft und – wo nötig – in der Summe von rund 202'000 Franken korrigiert worden. Gemäss externen Prüfern des ASTRA muss die ARGE Goler A9 dem Kanton als Bauherrn bzw. dem Bund, der 96 Prozent der Kosten für die A9 trägt, 8,9 Millionen Franken zurückzahlen.

Das ASTRA hat dem Kanton Wallis eine Frist bis Ende April 2023 gesetzt. In einem ersten Schritt muss die DNSB mit der Unternehmerseite in Kontakt treten und diese informieren.

Auf Anfrage des «Walliser Boten» wehrt sich Renzo Theler, Geschäftsführer der Theler AG, die federführend bei der ARGE Goler A9 war, gegen die Vorwürfe des ASTRA. Theler schreibt in einer schriftlichen Stellungnahme: «Es gab während der Bauphase seitens des Bauherrn Kanton Wallis diverse Abänderungen des Projekts. Wir sind klar der Auffassung, dass die Nachträge und Nachforderungen begründet und geschuldet sind.»

Die ARGE Goler A9 habe die Nachträge vorgängig schriftlich eingereicht, «welche anschliessend mit der Walliser Dienststelle für Nationalstrassenbau beziehungsweise von deren beauftragten Bauleitung und Oberbauleitung und dem Kanton in einem mehrstufigen Bereinigungsprozess verhandelt und bereinigt worden sind». Und Theler verweist darauf, dass das Parteigutachten von einem ASTRA-internen Mitarbeitenden erstellt worden sei.

Keine Stellungnahme zu den Vorwürfen des ASTRA gaben die Verantwortlichen der Schneller, Ritz und Partner SRP Bauingenieure ab, welche im Auftrag der DNSB die örtliche Bauleitung der Deponie Goler A9 innehatte. Sie liess eine schriftliche Anfrage des «Walliser Boten» unbeantwortet.

Kommt es nicht zu einer gütlichen Einigung, müssen von den Parteien wie schon so oft bei A9-Projekten im Oberwallis die Gerichte angerufen werden. Wovon auszugehen ist, denn die Baufirmen der ARGE Goler A9 scheuen den Gang vor die Gerichte nicht, um für ihre Interessen zu kämpfen. Das zeigt ein Blick in die jüngere Vergangenheit. Es ist davon auszugehen, dass der Segen für die Schlussabrechnung erst in einigen Jahren vom Bundesgericht gegeben wird.

Bei so viel Kritik an den Führungsverantwortlichen der Walliser Dienststelle für Nationalstrassenbau durch das ASTRA war es naheliegend, dass das Bundesamt für Strassen Abklärungen durch ein Anwaltsbüro machen liess, ob es im Zusammenhang mit den Vorkommnissen bei der Deponie Goler zu strafrechtlich relevantem Verhalten durch Amtsträger des Kantons Wallis gekommen ist, das zur Anzeige gebracht werden muss.

Im Fokus standen dabei die Straftatbestände der Bestechung und Korruption, der ungetreuen Amtsführung und der Urkundenfälschung im Amt. Als Grundlage diente der interne Revisionsbericht des ASTRA vom November 2021.

Der 24-seitige externe Bericht kommt in Bezug auf die strafrechtliche Beurteilung rund um die Vorkommnisse zur Deponie Goler A9 zum Schluss, dass keine Indizien für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen. Es wurde deshalb empfohlen, keine Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des Kantons Wallis einzureichen.

> «Wir sind der Auffassung, dass die Nachträge geschuldet sind.»
>
> **Renzo Theler**
> Geschäftsführer Theler AG